

Sächsische Zeitung, Dienstag 20.12.2011

Wie die Freien Wähler die FDP aushebeln wollen

Von Peter Heimann, Berlin

Bisher war die Partei eher in den Gemeinden zu Hause. 2013 will sie nach Berlin. Sie setzt auf Euro-Kritiker und Liberale – doch noch halten sich die Abtrünnigen zurück.



Einflussreicher Fürsprecher: Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (l.) mit dem Bundesvorsitzenden der Freien Wähler, Hubert Aiwanger. Foto: actionpress

Die Ansage im tiefbayerischen Dialekt war glasklar: Sie wollen 2013 in den Bundestag einziehen. Die Freien Wähler, bisher nur als Kommunkraft aktiv und im Landtag in München zu Hause, wollen zur Bundestagswahl in zwei Jahren antreten. Sie bieten sich dabei offen als Alternative zur FDP an.

Hubert Aiwanger, der Bundesvorsitzende, erläuterte gestern, wie seine Truppe am meisten punkten will: als bürgerliche Euro-Skeptiker. Die Unterstützung des Euro-Rettungsschirms ESM beim FDP-Mitgliederentscheid zeige, dass die Freien Demokraten umgefallen seien, sagte er. Europa werde mehr und mehr zur Schuldenunion. Für die FDP könnte damit neben der Piratenpartei eine weitere Gruppierung auftreten, die sich um ähnliche Wählerschichten bemüht. Aiwanger: „Es gibt keine vernünftige Partei der Mitte mehr.“

Als eine Art mediales Zugpferd hatte Aiwanger Ex-Industrieverbands-Präsident Hans-Olaf Henkel mitgebracht. Dem wurde bisher nachgesagt, eine eigene Partei gründen zu wollen. Nun tritt er den Freien Wählern bei.

Aiwanger und Henkel machten bei einer gemeinsamen Pressekonferenz deutlich, mit der jetzigen, von Schwarz-Gelb vertretenen Politik werde Europa überschuldet. Und am Ende werde der Euro scheitern. Aiwanger, der die Freien Wähler „liberal-konservativ“ nannte, lehnte eine dauerhafte Schuldenübernahme wie im Fall Griechenlands strikt ab und legte Athen erneut nahe, aus der Euro-Zone auszutreten.

Henkel sagte, er strebe derzeit kein Mandat für seine neue Partei an. Während er dieser auch auf Bundesebene „ein Riesenpotenzial“ zubilligte, ging er davon aus, dass sich bei der FDP nach dem Euro-Mitgliederentscheid viele Anhänger, aber auch etliche Mitglieder neu orientierten. Die Freien Wähler würden sich große Verdienste erwerben, könnten sie diese Enttäuschten für sich gewinnen.

Aiwanger wies darauf hin, dass er zurzeit auch im Gespräch mit dem Steuerrechtsexperten Paul Kirchhof und dem Ökonomen Hans-Werner Sinn über eine engere Zusammenarbeit sei. Henkel beklagte, dass die Gründung einer eigenen Partei an zu hohen bürokratischen Hürden scheitere. Um aber den etablierten Parteien Paroli bieten zu können, sei unbedingt eine Partei nötig. Daher wolle er jetzt den Freien Wählern helfen, sich bundesweit zu etablieren.

Sorge vor Unterwanderung

Die Freien Wähler sind vorwiegend in den Kommunen und im Bayerischen Landtag aktiv. Aiwanger will die Struktur so umgestalten, dass sie im Bund als Partei zur Wahl antreten können. Aiwanger trat Befürchtungen entgegen, die Partei der Freien Wähler auf Bundesebene könnte etwa durch NPD-Mitglieder unterwandert werden. Bis auf Ausnahmen müssten Mitglieder im Bund auch kommunalpolitisch verankert sein, argumentierte Aiwanger. Er wolle zudem „sehr genau hinschauen“, dass keine Trittbrettfahrer aufsprängen. (mit dpa)